



38

Mitgliederversammlung zur Bestimmung des Direktkandidaten

Wahlkreis 38, 1. September,
G.-F.-Händel-Halle,
Salzgrafenplatz 1



36

Wahlkreis 36, 8. September,
Kulturtreff Halle-Neustadt,
Am Stadion 6

Linkes Blatt ^{DIE LINKE.}

14. Ausgabe / 20. Jahrgang

Für Halle

24. August 2010

Positionen und Kandidaten in den politischen Diskurs einbringen

Klausurberatung des Stadtvorstandes DIE LINKE Halle

Am 20. März 2011 steht für Sachsen-Anhalt eine politische Richtungsentscheidung an. DIE LINKE will bei der Landtagswahl um politisch handlungsfähige Mehrheiten ringen, die CDU aus der Landesregierung ablösen und mit ihrem Ministerpräsidentenkandidaten Wulf Gallert die nächste Landesregierung führen. Dabei gilt es, mit Vorschlägen und Konzepten in den kommenden Monaten Verlässlichkeit unter Beweis zu stellen, neues Vertrauen in Politik aufzubauen und mit glaubwürdigen Angeboten Menschen zu gewinnen sowie zu motivieren, sich in gesellschaftliche Entscheidungen einzubringen und sich für ihre Interessen zu engagieren.

Die Vorbereitung der Landtagswahl 2011 in der Stadt Halle (Saale) stand im Mittelpunkt einer Klausurberatung des Stadtvorstandes der LINKEN Halle am 14.08.2010. DIE LINKE Halle will auch bei dieser Wahl ihre Position als stärkste politische Kraft in Halle behaupten und sich mit ihren Positionen und Kandidaten in den politischen Diskurs einbringen.

Ausgehend vom sehr guten Erststimmenergebnis bei der Bundestagswahl 2009 und dem Umstand, dass es dem Stadtverband bereits bei der letzten Landtagswahl gelungen ist, 2 Direktmandate in Halle zu erzielen, will DIE LINKE bei der Landtagswahl in allen 4 halleschen Wahlkreisen um die Mehrheit ringen. Die personellen Voraussetzungen dafür wird der Stadtverband auf vier im September durchzuführenden öffentlichen Mitgliederversammlungen schaffen.

Im Einzelnen finden die Versammlungen statt:

- * für den Landtagswahlkreis 38, am 01.09.2010, 17:30 Uhr im Kleinen Saal der Händelhalle
- * für den Landtagswahlkreis 36, am 08.09.2010, 17:30 Uhr im Kulturtreff Halle-Neustadt
- * für den Landtagswahlkreis 39, am 15.09.2010, 17:30 Uhr in der Aula des Hortes Kinderpark
- * für den Landtagswahlkreis 37, am 22.09.2010, 17:30 Uhr im Künstlerhaus 188.

Auch für die im November in Magdeburg stattfindende Landesvertreterversammlung zur Aufstellung der Landesliste wird sich DIE LINKE Halle mit Bewerberinnen und Bewerbern einbringen. Entsprechend dem Landesparteitagsbeschlusses vom vergangenen Jahr, wonach der Landesvorstand für die Landesliste einen fachlich und regional ausgewogenen Vorschlag für die vorderen Plätze erarbeiten soll, hat der Stadtvorstand mit Henriette Quade und Hendrik Lange zwei Vorschläge eingebracht.

Henriette Quade war langjährige stellvertretende Vorsitzende unseres Stadtverbandes und ist seit 2009 stellvertretende Landesvorsitzende. Ihr Fachgebiet ist die Innenpolitik.

Hendrik Lange ist seit 2005 Mitglied des Landtages, er ist hochschulpolitischer Sprecher und stellvertretender Vorsitzender des Bildungsausschusses. Er ist Mitglied des Stadtrates in Halle.

Für die weiteren Plätze auf der Landesliste erklärte der verkehrspolitische Sprecher der Landtagsfraktion Uwe Heft seine Kandidatur.

Die halleschen Vertreterinnen und Vertreter für die Listenversammlung in Magdeburg wird der Stadtverband DIE LINKE Halle auf einem Stadtparteitag am 25. September 2010 wählen.

Programmdiskussion:

Liebe Genossinnen und Genossen,
der Landesausschuss hat in seiner Juni-Sitzung den Entwurf des Parteiprogramms diskutiert und beschlossen,
zu einem

Basiskonvent des Landesverbandes zur Programmatik der LINKEN am Freitag, 17. September 2010 um 17:00 Uhr in Magdeburg

einzuladen.

Wir wollen uns zu folgenden vier Schwerpunkten verständigen:

1. demokratische Potentiale der gegenwärtigen Gesellschaft / Demokratisierung als sozialistische Strategie
2. reale Verfügungsgewalt (der/des Einzelnen) über Eigentum
3. Transformationserfahrungen Ost als Potential linker Programmatik
4. Stellenwert von Regierungsbeteiligungen zur strategischen Veränderung der Gesellschaft

Unser Ziel sollte es sein, zu diesen Schwerpunkten einen kollektiven Wortbeitrag des Landesverbandes zur Programmdebatte zu erarbeiten.

Das ist ein ehrgeiziges Ziel und wir sind uns bewusst, dass der Landesverband die Programmdebatte zeitgleich mit einem wichtigen Landtagswahlkampf bestreitet. Im August geht Euch eine Einladung zum Basiskonvent mit Impulsbeiträgen zu den genannten Schwerpunkten zu. Ich bitte Euch, den Termin des Konvents in Euren Kreisverbänden bekannt zu machen und für eine breite Teilnahme zu werben.

Der Landesausschuss und die AG Programm des Landesverbandes sind für alle Anregungen aus der Programmdebatte in den Kreisverbänden und Arbeitsgemeinschaften in Vorbereitung des Konvents dankbar.

Mit solidarischen Grüßen

Frank Baier

Anlässlich des diesjährigen internationalen

„Tag der Erinnerung, Mahnung und Begegnung“

lädt der Landesverband der Verfolgten des Naziregimes und der Bund der Antifaschisten Sachsen-Anhalt e. V. zur Teilnahme an einer Gedenkveranstaltung mit Kranzniederlegung ein.

Die Gedenkveranstaltung findet am

**Sonntag, dem 12. September 2010, um 10.00 Uhr
auf dem Gertraudenfriedhof, an der Gedenkstätte für die im
„Roten Ochsen“ von der NS – Justiz Ermordeten,**

statt.

Die ehrenden Worte der Erinnerung und der Mahnung spricht Dr. Kai Langer, Direktor Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt.

Mit dieser Kranzniederlegung wollen wir aller Opfer der Nazibarbarei gedenken und unsere Bereitschaft bekunden, dass wir gegen jegliche Form rechter Gewalt, Ausländerfeindlichkeit und Rassismus zusammenstehen wollen.

Treffpunkt der Teilnehmer:

9.45 Uhr am Haupteingang zum Gertraudenfriedhof, Landrain 25

Dieter Heilmann

Geschäftsführer

DIE LINKE: Zur Führung der Programmdebatte

Beschluss des Parteivorstandes vom 3. Juli 2010

I. Der Parteivorstand dankt allen Mitgliedern und den Sekretären der Programmkommission für ihre hervorragende Arbeit.

Wir bitten alle Mitglieder der Kommission, sich aktiv an der weiteren Debatte zu beteiligen, insbesondere an den Regionalkonferenzen und dem Programmkonvent.

II. Die Erarbeitung eines Entwurfes, der dem Programmparteitag als Leitantrag vorgelegt wird, liegt in der Verantwortung der Parteivorsitzenden und des Parteivorstandes.

Mit der weiteren Programmdebatte wollen wir folgende Ziele erreichen:

- Das inhaltliche Profil der Partei DIE LINKE soll herausgearbeitet werden. Die Aussagen im Programmentwurf werden in diesem Sinne weiterentwickelt. Die vielfältigen Hinweise und Überlegungen aus der Programmdebatte werden bei der Erstellung des Entwurfes herangezogen.

- Mit der Programmdebatte wollen wir in der Mitgliedschaft der Partei eine identitätsstiftende und aktivierende Wirkung erzielen. Sie soll auch zur Festigung der innerparteilichen Kultur und des gemeinsamen Miteinanders dienen.

- Die Programmdebatte werden wir intensiv nutzen, um innerhalb der Mitgliedschaft vielfältige Diskussionen zu organisieren, internen und externen Sachverständigen heranzuziehen, Diskussionsmaterialien auszuarbeiten, öffentlichkeitswirksame Veranstaltungen durch-

zuführen und eine zielgerichtete Medienarbeit zu leisten. Das neue Programm der LINKEN soll in einem Prozess aktiver Mitgliederbeteiligung entstehen. In produktiver Auseinandersetzung um das Profil der neuen Linkspartei wollen wir erreichen, dass das neue Programm von der Mehrheit der Mitglieder wirklich getragen und zur Grundlage ihres Handelns gemacht wird.

- Mit unserer Programmdebatte beabsichtigen wir auch, unsere Positionen einer breiten Öffentlichkeit bekannt zu machen, das Interesse Außenstehender an unseren Auffassungen zu wecken und weitere Mitglieder für die Partei DIE LINKE zu gewinnen.

III. Redaktionskommission

Es wird auf Vorschlag der Parteivorsitzenden eine vierköpfige Redaktionskommission gebildet. Die Redaktionsgruppe besteht aus Katja Kipping, Sahra Wagenknecht, Ralf Krämer und Matthias

Höhn.

Ihre Aufgabe ist es, die Beiträge zur Programmdebatte aus der Partei, auf Konferenzen, von befreundeten Organisationen und Verbänden und anderen uns nahe stehenden Interessengruppen und Einzelpersonen, zu sammeln und aufzubereiten. Insbesondere ist es ihre Aufgabe, eine synoptische Entscheidungsgrundlage für den Leitantrag des Parteivorstandes zu erarbeiten.

IV. Stationen der Programmdebatte

DIE LINKE: Zur Führung der Programmdebatte

- Veröffentlichung des Programmentwurfs
- Regionalkonferenzen
- Programmkonvent
- Verständigung im Parteivorstand
- Erstellung des Leitantrages für den Programmparteitag
- Programmparteitag
- Mitgliederbefragung

Quelle: <http://die-linke.de/>

Linkes Blatt

Impressum:

DIE LINKE Halle, Stadtvorstand
Blumenstraße 16
06108 Halle (Saale)
Telefon 0345/20 255 90
eMail: linkesblatt@dielinke-halle.de
Sven Knöchel (v.i.S.d.P)
Herstellung: Eigendruck
Erscheinungsweise: 14 - tägig
Auflage: 650 Exemplare

Spende erbeten

Endredaktion dieser Ausgabe:
19.08.2010
Redaktionsschluss der nächsten
Ausgabe: 09.09.2010

Die Basisorganisation
Vogelweide trauert um
Genn.

Günter Büchner

2.12.1928 - 13.07.1010

Seine Genossinnen und
Genossen werden sein
Andenken bewahren.

aus dem Stadtverband Halle:

Diskussion zum Entwurf des Landtagswahlprogramms

Die Basisorganisation „Riebeckplatz/Hofjäger“ hat sich in ihrer Mitgliederversammlung am 11. August mit dem Entwurf des Landtagswahlprogramms beschäftigt. Dabei war der nahezu einhellige Tenor der Diskussion: zuviel inhaltliche Lage- und Situationsbeschreibung, zu wenig konkret untersetzte Vorhaben bei einer möglichen Regierungsbeteiligung. Die derzeitige gesellschaftliche und wirtschaftliche Lage in Sachsen-Anhalt wird dabei faktenreich beschrieben, doch wie groß sind die Spielräume in einer Landesregierung, die Lebenssituation breiter Teile der Bevölkerung merklich zu verbessern?

Durch die bundespolitischen Rahmensetzungen, insbesondere der derzeitigen schwarz-gelben Regierungskoalition, sind diese Spielräume zweifellos begrenzt. Insofern wurde in der Diskussion die Aussage des Spitzenkandidaten der Partei, Wulf Gallert, auf der Regionalkonferenz bzw. dem Landesparteitag, begrüßt, keine Versprechungen im Rahmen eines Landtagswahlprogramms zu machen, welche nicht auf Landesebene umsetzbar sind. Dennoch sollten die Chancen einer Regierungsbeteiligung auf Länderebene genutzt werden, um so auch im Bund den Druck für einen grundsätzlichen Politikwechsel, hin zu einer sozialeren und gerechteren Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums, zu erzielen. Dies geht aber nur, wenn Regierungsbeteiligungen der Linken von breiten und aktiven gesellschaftlichen Bündnissen außerhalb der Parlamente kritisch begleitet werden.

In der weiteren Diskussion ging es

dann auch um einzelne Themen:

Kommunal- und Landesunternehmen sollen im öffentlichen Eigentum bleiben. Deutlicher sollte herausgestellt werden: Mit der Linken gibt es keine weiteren Privatisierungen in diesem Bereich!

Die öffentlichen Unternehmen sollen ihrer ursprünglichen Aufgabe, der Entwicklung und Bewirtschaftung jeweiliger öffentlicher Aufgaben wie Verkehr, Wohnen, Energie- und Wasserversorgung, der Forstwirtschaft usw. gerecht werden und nicht vordergründig der Sanierung der jeweiligen Haushalte dienen, sei es durch Abführungen oder Verkäufe. Somit würden indirekt die Verursacher der Finanzkrise, wie Banken, Fonds usw. noch reicher gemacht.

Klarer sollte im Landtagswahlprogramm hervorgehoben werden, wie insbesondere unter Berücksichtigung des demographischen Faktors, sich die öffentlichen Haushalte strukturieren und zukünftig entwickeln werden, wo die Landespolitik Einfluss nehmen kann und Umschichtungen möglich sind. Zum Thema Innenpolitik wurde u. a. begrüßt, dass die die Polizeipräsenz im öffentlichen Raum gestärkt werden sollte. Es sollte aber geprüft werden, ob hier ohne zusätzliche Einstellungen durch eine Organisationsreform, dieses Ziel erreicht werden könnte. Auf dem Prüfstand sollte eine Senkung des Verwaltungsaufwandes bzw. die Überleitung rein administrativer Aufgaben an zivile Angestellte, die Reduzierung der Bereitschaftspolizei zugunsten der Schutzpolizei sowie die Auflösung des Verfassungsschutzes stehen.

Statt eines Verfassungsschutzes

könnte eine kleine, aber effektive Informationsstelle die Arbeit von lokalen und regionalen Initiativen, Vereinen und Verbänden gegen Neonazismus, Rassismus und politische Gewalt in einem offenen gesellschaftlichen Dialog koordinieren und Gegenstrategien entwickeln.

Dringender Konkretisierung bedarf der Entwurf auch im Bereich der Verkehrspolitik. Bei Ausschreibungen von Leistungen im Öffentlichen Nahverkehr (ÖPNV) müssen unbedingte Tarifbindungen und Übernahmeregelung, für die von einem möglichen Betreiberwechsel betroffenen Beschäftigten, festgeschrieben werden.

Ein flächendeckender integraler Taktfahrplan unter Einbeziehung aller Verkehrsträger (Bahn, Bus, Ruf-Bus, Ruf-Taxi) sollte es allen Bürgerinnen und Bürgern ermöglichen mit öffentlichen Verkehrsmitteln, in angemessener Zeit, von ihrem Wohnort in die jeweiligen Grund-, Mittel- und Oberzentren des Landes und natürlich auch zurück zu kommen. Dabei ist auch ein angemessener Anschluss an den Schienenfernverkehr zu gewährleisten.

Fazit der Versammlung:

Es gibt noch reichlich Diskussionsbedarf zum Landtagswahlprogramm. Ein textliche Kürzung, insbesondere des die Ausgangslage beschreibenden Teils und die Konkretisierung möglicher Vorhaben einer Landesregierung unter Beteiligung der Linken, würden der Arbeit im Wahlkampf, insbesondere aber den Dialog mit den Wählerinnen und Wählern gut zu Gesicht stehen.

U.L.R.

aus der Stadtratsfraktion:

Die Meinungsfindung sollte breit angelegt sein

Fragen an Olaf Sieber, Stadtrat, Die LINKE.



1. Olaf, Du bist das erste Mal als Stadtrat gewählt. Wie bist Du in der Fraktion angekommen?

Angekommen ist eine gute Frage: Als ich nach der Wahl zur nächsten Sitzung der alten Fraktion ging und auf den Gastsitzen Platz nehmen wollte, kam Ute auf mich zu und nahm meine Begrüßungshand statt nur zur Begrüßung gleich zum Dirigieren an den Fraktionstisch, wo ich nun innerhalb der alten Fraktion sitzen sollte. Außerdem hatte mich bei der Konstitution der Fraktion die Frage überrascht, ob denn alle auf die Liste der LINKEN gewählten Stadträte auch zur Fraktion gehören wollen. Darüber hätte ich eigentlich nicht nachgedacht. Und die dritte große Überraschung war etwas später, dass die Fraktionsklausur im Herbst die erste überhaupt war. Ansonsten kommt man neu in einen Kreis sich kennenden Personen, da muss man sich und seine Ansprüche und Auftreten anpassen. Mir wurde nach einer Weile angedeutet, dass ich nicht zu gar zu vielen Themen mich äußern soll, rein aus Zeitgründen. Da ist wohl was dran, ist jetzt hoffentlich besser.

2. Welche Schwerpunktaufgaben hast Du Dir in der Fraktion gesetzt, woran arbeitest Du gerade?

Das kann man so kaum beschreiben, v.a. ist es die jeweilige Arbeit

im Wirtschafts-, Planungs- und Vergabeausschuss. Dies richtig zu machen, ist für mein verfügbares Zeitlimit leider schon sehr viel. Im Wirtschaftsausschuss z.B. geht es gerade um unseren Antrag zur Breitbandversorgung, also um Internetanschlüsse in den bisher nicht versorgten Gebieten Halles. Und auf meinen Vorschlag im Planungsausschuss hin, dass die Nietlebener Straße für die derzeitige Nutzung überdimensioniert ist und Uwe Köcks Ergänzung, dort dringend benötigte Parkspuren für das Stadion einzurichten, wird die Straße nach der Beseitigung der Winterschäden entsprechend ummarkiert. Im Vergabeausschuss habe ich mich zusammen mit dem grünen Vertreter immer wieder gegen die errechnete Wirtschaftlichkeit der PPP-Projekte gewandt, welche danach im Prüfbericht des Landesrechnungshofes ebenfalls kritisiert wur-

de.

3. Wie versuchst Du, auch außerhalb der Fraktion, als Stadtrat zu wirken?

Wenn man mit „außerhalb“ alles meint, was nicht Stadtrat, Ausschuss, BO, Anfragen von Bürgern oder Medien oder Ähnlichem entspricht, dann versuche ich, soviel wie möglich präsent zu sein und mich zu informieren, dabei jedoch so wenig wie möglich als Stadtrat erkennbar zu sein. Ich finde, dass unsere Gesellschaft viel zu sehr auf bekannte / gewählte / ernannte Personen fixiert ist und permanent Normalbürger mit Ihren Normalansichten ausgeblendet werden. Das will ich nicht noch unterstützen, wobei mir natürlich klar ist, dass man Probleme nur in Strukturen wie eben dem Stadtrat lösen kann. Aber die Meinungsfindung sollte eben breit angelegt sein.

Das Interview führte Ute Haupt.

Zum Tod von Luis Corvalán

* 14. September 1916 – † 21. Juli 2010

Im Gegensatz zu den üblichen Nachrufen möchte ich Euch meine Geschichte zu Luis Corvalán erzählen. 1973, nachdem es den durch die CIA organisierten Militärputsch gegen die gewählte Regierung unter Salvador Allende in Chile gab und unter tausenden auch Luis Corvalán im Junta-Gefängnis landete, gab es in der DDR eine Welle der Solidarität mit dem chilenischen Volk. Und mir kann heute noch niemand erzählen, dass diese Solidarität verordnet war, sondern ich habe sie als eine große Sympathiebekundung, ehrlicher Empörung über den Putsch in Erinnerung. Wir liefen als Schüler treppauf und trepp-

ab, um Unterschriften für die Freilassung von Luis Corvalán zu sammeln. 1975 musste ich durch den Arbeitsort meiner Eltern die Schule in Halle verlassen. Zum Abschied schenkte ich meiner Klasse die letzten Worte des rechtmäßigen Präsidenten der chilenischen Republik, ordentlich eingerahmt. Aber auch an meiner neuen Schule in Eisleben war die Solidarität mit Chile und der Kampf um die Freilassung Luis Corvaláns leider immer noch Thema. Meine Eltern arbeiteten beide in einem Beruf, der sie abends meistens nicht zu Hause sein ließ. Fernsehen war natürlich nicht erlaubt und ich riskierte meine Weihnachts-

geschenke, wenn ich so kurz vor Weihnachten dieses Verbot übertrat. Manchmal habe ich es trotzdem gewagt, so an diesem Tag im Dezember 1976. Ich kann mich heute nicht mehr erinnern, was so Tolles im Fernsehen kam, dass ich dieses „Wagnis“ auf mich nahm, ich weiß nur, dass ich einige Mühe hatte, mir eine meiner kleineren Schwestern vom Leibe zu halten und sie partout nicht schlafen wollte. Irgendwann hatte ich sie im Bett und konnte nun in Ruhe fernsehen. Mitten in dem sicher ungeheuer spannenden Film erschien die Fernsehansagerin um den „Sehr verehrten Damen und Herren“ mitzuteilen, dass das Programm für eine wichtige Nachricht unterbrochen wird. Meine Begeisterung über diese Ankündigung

hielt sich in Grenzen, um nicht zu sagen, ich war stinksauer, wusste ich doch, dass ich ca. 22.00 spätestens den Fernseher ausmachen musste, damit er sich bis zum Eintreffen meiner Eltern wieder abgekühlt hat. (Der erste Griff meines Vaters ging immer hinter den Fernseher und wehe, der war noch warm.) Aber ich blieb vor dem Bildschirm - vielleicht dauert es ja nicht lang und ich kann den Film noch zu Ende sehen. Und dann kam die Meldung: Luis Corvalán ist frei! Ich sehe mich noch heute fassungslos vor dem Fernseher und dann das Begreifen, diese unbändige Freude, welche ich damals empfand: Unsere Treppenläufe, unsere Unterschriften, unsere Briefe, Zeichnungen – alles hatte einen Sinn! Nun

schliefen meine Geschwister, niemand, mit dem ich meine Freude teilen konnte. Aber ich war so aufgeregt, der Film war vergessen, die Zeit auch. Plötzlich standen meine Eltern im Flur. Ich rief nur: Luis Corvalán ist frei! Als ich es ausgerufen hatte wusste ich, dass ich Weihnachten 1976 vergessen kann. Mit viel Glück vielleicht wenigstens eine Tafel Schokolade. Und was geschah? Meine Mutter umarmte mich, mein Vater holte eine Flasche Sekt und wir stießen an auf die Freilassung und darauf, dass Chile eines Tages frei sein wird von der Junta. Es sollte noch über 10 Jahre dauern. Aber dieser Abend, dieser Dezember 1976, hat mich für mein ganzes Leben geprägt.
Marianne Böttcher

Situation im Landesverband Bayern: haltlose Vorwürfe zurückweisen

Der Geschäftsführende Parteivorstand hat sich über die Vorwürfe, die der bayerische Landesschatzmeister Ulrich Voß in einem internen Diskussionsbeitrag äußert und die über eine gezielte Indiskretion öffentlich wurden, verständigt.

Die von Ulrich Voß gegenüber Mitgliedern des Landesverbandes DIE LINKE. Bayern sowie Klaus Ernst geäußerten Vorwürfe krimineller Handlungen und der Manipulation werden wiederholt zurückgewiesen.

Unsere Delegierten, Funktionsträger/innen und Kandidaten/innen werden nach klaren Regeln der innerparteilichen Demokratie aufgestellt und gewählt. An der Rechtmäßigkeit der Aufstellungsversammlung und des Parteitages der bayerischen LINKEN im Jahr 2009 gab und gibt es keinen Zweifel. Widerspruch wurde niemals eingereicht.

Für die Verwaltung unserer Mitglieder und deren Beiträge, für die Sicherung der Beitragszahlung und den Umgang mit ausstehenden Beiträgen besitzt die Partei DIE LINKE geregelte Verfahren, die in den Landes- und Kreisverbänden zur Anwendung kommen. Die von Ulrich Voß geäußerten Manipulationsvorwürfe sind haltlos und nicht belegt. Sie schaden dem Ruf der Partei DIE LINKE und führen zu einer haltlosen Vorverurteilung.

Der Geschäftsführende Parteivorstand unterstützt die Landessprecher/innen bei der Prüfung weiterer juristischer und parteirechtliche Schritte gegen Ulrich Voß.

Vorläufige Mitgliederzahlen per 31.12.2009

Landesverband	Mitglieder
Baden-Württemberg	3.046
Bayern	3.218
Berlin	9.008
Brandenburg	8.942
Bremen	523
Hamburg	1.405
Hessen	2.733
Mecklenburg-Vorpommern	5.684
Niedersachsen	3.376
Nordrhein-Westfalen	8.555
Rheinland-Pfalz	1.992
Saarland	3.610
Sachsen	12.390
Sachsen-Anhalt	5.642
Schleswig-Holstein	1.093
Thüringen	6.750
Summe LV	77.967
Parteivorstand	79
Gesamt	78.046

Gesellschaftliche Probleme lassen sich nicht allein ordnungspolitisch lösen

Zu den, in der MZ vom 07.08.2010, angekündigten Maßnahmen der Stadt Halle gegen die Begleiterscheinungen von Trinkergruppen in der Innenstadt, wie Verunreinigungen, Lärmbelästigung und aggressives Betteln, erklärte das Mitglied des Ausschusses für Ordnung und Umweltangelegenheiten Swen Knöchel:

„Es bleibt zu hoffen, dass mit den im Artikel angekündigten Maßnahmen, die Stadt Halle nicht den ausgetretenen Pfad der einseitigen ordnungspolitischen Maßnahmen gegen ein gesellschaftliches Problem beschreiten will.

Mit ihrem Antrag wollte die Stadtratsfraktion DIE LINKE verdeutlichen, dass es sich bei den Trinkergruppen keineswegs nur um das Problem einer wie auch immer zu interpretierenden „sauberen Innenstadt“ handelt, sondern um eine stadtweite Erscheinung, die mit Verdrängung nicht gelöst werden kann aber vor der auch die Augen nicht verschlossen werden dürfen. Es ist ein Problem nahezu aller Städte und eine Begleiterscheinung sich verfestigender Armut.

Der Freiburger und Magdeburger Weg, das Problem mit repressiven ordnungspolitischen Maßnahmen an den Stadtrand zu verdrängen, ist zu Recht gescheitert. Gelten doch Freiheitsrechte für alle Bür-

gerinnen und Bürger, auch wenn einzelne Verhaltensweisen von den Ansichten der Bevölkerungsmehrheit abweichen.

Der Antrag der LINKEN wollte die aus den Trinkergruppen resultierenden Probleme im Stadtrat auch deshalb thematisieren um einen halleschen Weg zur Lösung zu finden. Dabei gibt es kein Patentrezept, das weiß auch DIE LINKE. Um ein Bündel aus Maßnahmen anzuregen, hat der Antrag eine Berichterstattung aus ordnungs-, sozial- und jugendpolitischer Sicht eingefordert. Die erste Antwort der Stadtverwaltung, stimmte hoffnungsvoll, dass gemeinsam nach einer ganzheitlichen Betrachtung des Problems gestrebt wird um entsprechende Lösungsansätze zu finden.

Es wäre schade, wenn wie in der MZ angekündigt, die Stadt wieder in alte ordnungspolitische Reflexe zurückfallen würde. Dass das keine Lösung wäre sondern bloßer Aktionismus zeigt auch die Antwort der Verwaltung selbst auf. So wurden im Jahr 2008 152 Anzeigen gegen die oben genannten Begleiterscheinungen (§ 15 Gefahrenabwehrverordnung) erstattet im Jahr 2009 waren es ganze 3. Es ist nicht anzunehmen, dass es einen wirklichen Rückgang derartigen Ordnungswidrigkeiten gab, vielmehr deutet es darauf hin, dass die Stadt Halle planlos und aktionistisch auf den öffentlichen Leidensdruck reagiert.

Mit den durch die Oberbürgermeisterin vorgenommenen Einschränkungen bei der Stadtwache, hat sie dem Anliegen einen Bärendienst

erwiesen. Die nun abgespeckte Variante lässt keine kontinuierliche gemeinsame Bestreifung der Innenstadt zu. DIE LINKE glaubt nicht, dass mit Polizei und Bestreifung das Problem zu lösen wäre, aber die generalpräventive Wirkung der Präsenz von Ordnungskräften in der Innenstadt verhindern tatsächlich einige Begleiterscheinungen des Problems. Demzufolge kann nicht Abbau von Streifendiensten und temporärer Aktionismus die Antwort sein. Vielmehr fordert DIE LINKE, die Entwicklung stadtbezogener Sicherheitskonzepte in Zusammenarbeit zwischen Stadt und Polizei, die auch eine bessere Präsenz von Kontaktbereichsbeamten und Stadtordnungsdienst in den Wohngebieten sicherstellt. Für die Innenstadt soll das bewährte Konzept der Stadtwache wieder aufgenommen werden.

Daneben erscheint es wichtig, auch die Arbeit der Jugend- und Sozialbehörden noch stärker auf dieses Problem zu fokussieren. Dabei sollen auch die guten Erfahrungen des Streetwork genutzt und dieser Bereich gestärkt werden.

Um einer Vermüllung in allen Stadtteilen entgegenzuwirken ist es auch wichtig, dass die Stadt selbst ihre Hausaufgaben macht und der Verwahrlosung der eigenen Grünanlagen entgegenwirkt.

Es geht eben nicht nur um das Bild, was sich am Eingang der Stadt befindet, sondern um das Bild, welches die Stadt insgesamt abgibt, ihren Besuchern aber eben auch ihren Einwohnern.“

Information:

Das nächste Linke Blatt
erscheint am
14. September.
Redaktionsschluss ist der
9. September.

Die Basisorganisation Vogelweide gratuliert
Gen. Siegfried Grashoff zum 70. Geburtstag.
Die Basisorganisation Riebeckplatz/Hofjäger
gratuliert

Gen. Kurt Schröter zum 86. Geburtstag.
Die Basisorganisation Paulusviertel gratuliert
Genn. Hildegard Weber zum 86. Geburtstag.
Die Basisorganisation Silberhöhe gratuliert
Genn. Rosemarie Dietrich zum 78.

Gen. Manfred Hase zum 75. Geburtstag.
Die Basisorganisation Rosengarten gratuliert
Genn. Brigitte Richter zum 78. Geburtstag.

Die Basisorganisation 136 gratuliert
Gen. Horst Clare zum 87.
Genn. Lotte Markgraf zum 84. Geburtstag



Die BO Riebeckplatz/Hofjäger
gratuliert dem

Ehepaar
Sophie und Siegfried Göckeritz
zur Diamantenen Hochzeit
mit besten Wünschen für weitere gemeinsa-
me Jahre bei guter Gesundheit !

Information:

Am 13.09.2010 wird die BO Neustadt West
keine BO-Versammlung machen zugunsten der
Gesamt-Mitgliederversammlung am 8.09.2010
im Rahmen der Kandidatenaufstellung für den
Wahlkreis 36.

Vorschau Programmdiskussion:

14. Oktober 2010
Cornelia Hildebrandt
Linke Regierungen, Chancen
und Herausforderungen
18 Uhr, Kulturtreff Halle-Neustadt,
Am Stadion 6

10. November 2010
Prof. Michael Brie
Was ist heute links?
18 Uhr, Kulturtreff Halle-Neustadt,
Am Stadion 6

Alle Interessierten sind herzlich eingeladen.

Termine Termine Termine

- 27. August** 18 Uhr, Arbeitskreis Wirtschaft,
Bauen und Verkehr,
E.-Haeckel-Weg 5
- 30. August** 17 Uhr, Fraktionssitzung,
Tech. Rathaus, Raum 542
- 1. September** 17:30 Uhr, Mitgliederversamm-
lung zur Bestimmung des Direkt-
kandidaten - Wahlkreis 38,
G.-F.-Händel-Halle,
Salzgrafenplatz 1
- 4. September** Parkfest im Südpark
- 6. September** 17 Uhr, Fraktionssitzung,
Hafen Halle GmbH,
Am Saalehafen 1
- 8. September** 17:30 Uhr, Mitgliederversamm-
lung zur Bestimmung des Direkt-
kandidaten - Wahlkreis 36,
Kulturtreff Halle-Neustadt,
Am Stadion 6
- 9. September** 16 Uhr, Redaktion Linkes Blatt,
Blumenstr. 16
18 Uhr, AG Öffentliche Sicher-
heit, Ernst-Haeckel-Weg 5
- 11. September** CSD (Christopher-Street-Day),
Marktplatz
Halle-Neustadt-Fest
- 12. September** 10 Uhr, Gedenkveranstaltung mit
Kranzniederlegung zum Tag der
Erinnerung, Mahnung und
Begegnung, Gertraudenfried-
hof, an der Gedenkstätte für die
im „Roten Ochsen“ von der
NS – Justiz ermordeten,
11:30 Uhr, Südfriedhof,
Gedenkveranstaltung zum Tag
der Erinnerung, Mah-
nung und Begegnung
- 15. September** 17:30 Uhr, Mitgliederversamm-
lung zur Bestimmung des Direkt-
kandidaten - Wahlkreis 39,
Aula, Hort, Wiener Straße
- 20. September** 17 Uhr, Fraktionssitzung,
Tech. Rathaus, Raum 542
- 22. September** 17:30 Uhr, Mitgliederversamm-
lung zur Bestimmung des Direkt-
kandidaten - Wahlkreis 37,
Künstlerhaus 188,
Böllberger Weg 188
- 27. September** 17 Uhr, Fraktionssitzung,
Tech. Rathaus, Raum 542